

PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow
Oktober 2025

Datum: 04.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Zwei CDU-Politiker zu sprechen

**FRANZÖSISCH BUCH-
HOLZ.** Der Abgeordnete Jo-
hannes Kraft und Schul- und
Sportstadtrat Jörn Pasternack
(beide CDU) laden am Diens-
tag, 14. Oktober, ab 19 Uhr, zur
Bürgersprechstunde ins CDU-
Kiezbüro, Berliner Straße 5,
ein. Um eine Anmeldung per
E-Mail an [kraft@johannes-
kraft.de](mailto:kraft@johannes-
kraft.de) wird gebeten. **cs**

Datum: 04.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Manuela Anders-Granitzki

Langhanskiez soll schöner werden

WEISSENSEE: Bezirksamt Pankow bat Anwohner um Ideen und Anregungen

von Laura Wagener

„Zu laut, zu voll, zu grau“ – so beschreiben viele Anwohner den Kiez an der Langhansstraße. Tatsächlich prägen grauer Asphalt, falsch abgestellte Autos und Verkehrsstau vielerorts das Bild des Wohngebiets. Das soll sich nun ändern: Bis zu 65 Millionen Euro will der Bezirk in die Umgestaltung des Kiezes investieren.

„Ziel ist es, die Belastungen durch den Autoverkehr zu verringern, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den öffentlichen Raum gerechter zu verteilen“, so das Bezirksamt Pankow in einer Mitteilung. „Das

Quartier ist heute stark durch den Kfz- und Wirtschaftsverkehr belastet, was zu einer erhöhten Lärm- und Luftschadstoffbelastung führt. Sichere und komfortable Radverkehrsanlagen sowie Radabstellanlagen fehlen beziehungsweise sind unzureichend.“

Viele Ideen haben die Stadtplaner bereits entwickelt, jetzt sollen die Anwohner mithelfen: Was nervt sie am meisten im Straßenverkehr? Wo müssen Gehwege dringend erneuert werden? Und welche Ecken vertragen etwas mehr Grün? Bei einem Workshop in der Heinz-Brandt-Schule beteiligten sich am 23. September mehr als 100 Anwohnerin-

nen und Anwohner mit kreativen Ideen und lieferten dabei den Planern Fakten und neue Anregungen. Ein sinnvoller Schritt, denn wer kennt die Verhältnisse im Langhanskiez besser als die eigenen Bewohnerinnen und Bewohner? „Es geht hier um ihre Perspektive“, appellierte Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) bei der Veranstaltung. „Sie leben hier, deshalb sind sie ganz klar die Experten.“

Und der Appell trifft auf offene Ohren: Es herrscht großer Andrang in den vier Räumen der Sekundarschule, auf die sich die einzelnen Teams der Stadtplanung verteilt haben. Verkehrsführung, Radverkehr,

Fußverkehr, Klimaschutz – das sind die vier Kernthemen, zu denen die Bevölkerung ihre Ideen abgeben soll. Besonders der hohe Durchgangsverkehr nervt viele Anwohner. Vor allem Autofahrer von außerhalb nutzen regelmäßig die Goethestraße oder Roelckestraße als Schleichweg, um dem Stau auf der Ostseestraße zu entkommen, heißt es. Über die Lösung sind sich die Anwohner schnell einig – Tempo 30 oder eine Fußgängerzone müssen her. Denn besonders die Roelckestraße sei eine „Rennstrecke“ geworden, sagt ein Anwohner. „Da kommt man als Fußgänger kaum noch über die Straße.“

Lesen Sie mehr auf Seite 2.

Datum: 04.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Manuela Anders-Granitzki

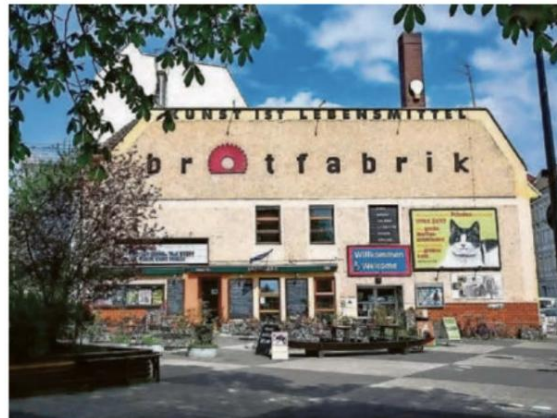
Parken oder Park – gelingt der Spagat?

WEISSENSEE: Anwohner wünschen für Langhanskiez weniger Durchgangsverkehr

Fortsetzung von Seite 1

Bis zu 65 Millionen Euro will der Bezirk in die Umgestaltung des Langhanskieses investieren, um ihn lebenswerter, klimafreundlicher und verkehrssicherer zu machen. Denn die Anwohner sind vom Verkehr genervt.

Gleiches gelte aber für den nahen Caligariplatz, sagt eine andere Anwohnerin. Dort, zwischen Prenzlauer Promenade und Gustav-Adolf-Straße, herrsche ein einziges Verkehrschaos. Insbesondere mit dem Fahrrad sei das immer wieder ein Problem. Und auch auf der Rückseite der „Brotfabrik“ an dem kleinen Platz sehen die Stadtplaner Potenzial: Dort liegt eine der vielen versiegelten und ungenutzten Brachflächen, die der Bezirk aufwerten möchte. Plänen zufolge könnte hier ein Neubau entstehen, der einerseits neuen Wohnraum schafft, aber auch die unschöne Asphaltfläche aus dem Stadtbild entfernt.



Für den Caligariplatz an der Brotfabrik wünschen sich Kiezbewohner ein neues Verkehrskonzept. Foto: Maurizio Gambarini / FUNKE Foto Services

Die Diskussionen beim Workshop am 23. September sind angeregt, zeigen aber auch, wie unterschiedlich die Bedürfnisse der Menschen im Kiez sind. Das verdeutlicht sich besonders am Beispiel des Pistoriusplatzes: Dieser ist zur einen Hälfte bebaut, zur anderen ein Parkplatz für Dutzende Autos. Schnell werden Wünsche nach einem begrünten

Ort zur Entspannung laut, samt Bäumen für Klima und Aufenthaltsqualität.

Auch eine Fußgängerzone an der Charlottenburger Straße wird von vielen befürwortet. Der Pistoriusplatz müsse damit endlich „wachgeküsst“ werden, findet ein Mann. Doch trotz der Ideen einer neuen Oase im Kiez gibt es auch Sorgen, dass

durch die Umwandlung in einen Park zu viele Stellplätze wegfallen könnten. Und die sind ohnehin rar. Viele Anwohner schimpfen über abgestellte Autos, die die eh schon schmalen Straßen verengen. Auch die Gehwege würden teils zugeparkt – besonders für Menschen mit Gehhilfen oder Kinderwagen ein Problem.

Bis zum 15. Oktober die Möglichkeit, sich im Internet auf <https://bwurl.de/1f80> an einer Umfrage zum Kiez zu beteiligen. Anfang Oktober folgt dann eine Kinderbeteiligung, um auch die Wünsche der Jüngsten zu berücksichtigen. Danach wollen die Stadtplaner das Konzept noch einmal überarbeiten und im ersten Quartal 2026 im Rahmen einer Abschlussveranstaltung präsentieren. Spätestens 2027 soll auch ein Wettbewerb zur Umgestaltung des Pistoriusplatzes stattfinden. Vielleicht klärt sich dann die Frage, ob der große Parkplatz bleibt oder einem grünen Park weicht.

Datum: 08.10.25	Medium: Tagesspiegel
	Autor: Christian Hönicke Thema: Lars Bocian



T+ „Nicht ortsverträglich und überdimensioniert“ Scharfe Kritik aus Pankow an Entwürfen für Bebauung der Elisabeth-Aue

Der Senat zieht vier Ideen für das neue Quartier im Norden Berlins in die engere Auswahl - und hält am Ziel fest, dort mindestens 5000 Wohnungen zu errichten. Dagegen regt sich Widerstand.

Von [Christian Hönicke](#)
Stand: 08.10.2025, 21:46 Uhr

32
KOMMENTARE



Die Bebauung der Elisabeth-Aue im Norden Berlins rückt näher. Der Berliner Senat hat nun vier städtebauliche Entwürfe ausgewählt – und rückt dabei trotz des Widerstands aus Pankow nicht vom Ziel ab, dort mindestens 5000 Wohnungen zu errichten. Kritik an den Entwürfen äußert insbesondere die CDU. Der Pankower Abgeordnete Lars Bocian nennt sie „nicht ortsverträglich“.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/nicht-ortsvertraglich-und-uberdimensioniert-scharfe-kritik-aus-pankow-an-entworfen-fur-bebauung-der-elisabeth-aue-14506478.html?utm_source=chatgpt.com

Datum: 09.10.25	Medium: Tagesspiegel
	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft

Schwarz-Rot steuert nach Mehr Geld für Fuß- und Radverkehr

Von Christian Latz

Die schwarz-rote Koalition hat die vom Berliner Senat geplanten Kürzungen bei den Mitteln für den Fuß- und Radverkehr sowie der Verkehrssicherheit für die kommenden Jahre teilweise zurückgenommen. Das hat der Verkehrsausschuss des Abgeordnetenhauses am Mittwoch im Zuge der Beratung des Doppelhaushalts 2026/27 auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD beschlossen.

Für die Themen stehen demnach nun mehr Mittel zur Verfügung, als der Senat in seinem Haushaltsentwurf vorgesehen hatte – allerdings immer noch weniger als im laufenden Jahr. Für „Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs“ soll es im Vergleich zu den 2,5 Millionen Euro aus dem Senatsentwurf 2026 drei Millionen und 2027 2,8 Millionen Euro mehr geben. Noch dieses Jahr konnten für den Bau neuer Radwege aus dem Titel jedoch noch sechs Millionen Euro ausgegeben werden.

Komplett kompensiert wurden die Kürzungen beim Fußverkehr. Nach den Plänen von CDU und SPD soll es im kommenden Jahr 5,6 Millionen Euro für den Bereich geben. Deutlich mehr als der auf nur noch 2,6 Millionen Euro abgesenkte Mittelansatz der Verkehrsverwaltung für den Titel. Und auch mehr als die 5,4 Millionen

Euro, die im laufenden Jahr dafür zur Verfügung stehen.

Mehr Geld soll es auch für Maßnahmen zur Verkehrssicherheit geben. CDU und SPD planen nun mit 4,8 Millionen Euro im kommenden Jahr für Zebrastreifen und Mittelinseln. Das sind 1,8 Millionen mehr als von der Verkehrsverwaltung vorgesehen und auch 800.000 Euro mehr als im laufenden Jahr. 2027 soll es dann noch insgesamt vier Millionen Euro für den Fußverkehr geben.

„Absage an die Verkehrswende“

„Wir haben alle hart damit gerungen, wie wir mit dem, was wir vorgefunden haben, umgehen“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Johannes Kraft. Klar sei allerdings gewesen: „Es waren Nachsteuerungen notwendig.“ Allerdings habe man sich auch dabei an der Realität der knappen Kassen orientieren müssen – und an dem, was die Verwaltungen auch ausgeben könnten, sagte der CDU-Politiker. „Es macht wenig Sinn, Zahlen reinzuschreiben mit einem guten Willen, aber in dem Wissen, dass man das Geld nicht ausgeben können wird.“

Beim Fußverkehr soll demnach der Fokus auf der Sanierung von Gehwegen und Straßen im Nebennetz liegen. Kraft verwies darauf, dass ein Gehweg an Berliner Straßen in den Außenbezirken längst

nicht der Normalfall sei. „In der Hauptstadt gibt es nach wie vor hunderte Kilometer Straßen, die keine befestigten Gehwege haben.“ Dort wolle man mit den Mitteln ansetzen.

Daneben stellten CDU und SPD auch zusätzliche Mittel für die Planung neuer Schienenverbindungen in den Haushalt. Damit soll sichergestellt werden, dass die Verlängerungen der U-Bahnlinien U2 und U9 in Pankow sowie der U7 in Spandau zum Falkenhagener Feld sowie im Südosten zum BER doch weitergeplant werden könnten.

Genau das war zuletzt nicht mehr sicher. Wie die Verkehrsverwaltung in ihren Antworten auf die Fragen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf mitteilen musste, wären die bislang veranschlagten Mittel für die kommenden beiden Jahre nicht ausreichend gewesen, um neben den laufenden Tram-Projekten auch die Verlängerung dieser U-Bahnverbindungen voranzutreiben.

Aus Sicht der Grünen ist all das nicht ausreichend. „Der Haushalt liest sich wie eine Absage an die Verkehrswende“, sagt Oda Hassepaß zum ursprünglichen Entwurf der Senatsverwaltung. Etwa beim Radverkehr bräuchte es deutlich mehr Mittel. „Wenn wir in dem Tempo weitermachen, brauchen wir für die Umsetzung des Radverkehrsplans 300 Jahre.“

Datum: 11.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Sebastian Struwe Thema: CDU

Ein risikoreicher Doppeletat

PANKOW: Unterfinanzierung bei Schulen, Sozialem und Gebäudekosten bleibt

von Sebastian Struwe

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat den Doppelhaushalt für 2026/2027 beschlossen. Damit ist nun verbindlich geregelt, wie der einwohnerstärkste Berliner Bezirk in den kommenden beiden Jahren wirtschaften wird.

Die Beratungen fanden unter Zeitdruck statt und standen im Zeichen einer angespannten Haushaltslage: Pankow muss der Senatsfinanzverwaltung ein Konsolidierungskonzept für die Jahre 2026 bis 2029 vorlegen, um Defizite aus den Vorjahren in Höhe von 23 Millionen Euro abzubauen. Der

Entwurf des Bezirksamtes sah einen formell ausgeglichenen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils rund 1,414 Milliarden Euro pro Jahr vor. Auch nach den beschlossenen Änderungen durch die BVV bleibt das Gesamtvolumen unverändert. Die zusätzlichen Schwerpunkte wurden durch Umschichtungen innerhalb der vorhandenen Globalsumme ermöglicht.

Kurz vor der Sitzung legten die Fraktionen von Grünen, [CDU](#) und SPD gemeinsam mit der FDP einen Änderungsantrag vor, der zusammen mit einer Nachschiebeliste Grundlage für den Beschluss wurde. Damit konnten einige vom Be-

zirksamt geplante Kürzungen zurückgenommen und neue Akzente gesetzt werden. Zusätzliche Mittel fließen nun in die Verkehrsüberwachung. Auch die Pflege von Grünflächen auf Schulhöfen und Sportanlagen wird gestärkt. Mehr öffentliche Gelder gibt es zudem für die Beförderung von Kindern mit Behinderungen. Ebenso wurden im sozialen Bereich sowie in der Jugend- und Familienarbeit Kürzungen teilweise rückgängig gemacht. Mit dem Änderungsantrag wurden Mehrbedarfe aus den Fachausschüssen in Höhe von insgesamt rund 1,9 Millionen Euro 2026 und 2,4 Millionen Euro im Jahr 2027 berücksichtigt.

Der beschlossene Haushalt ist mit erheblichen Risiken behaftet. Besonders problematisch ist die Unterdeckung bei den Gebäudekosten – also Energie, Reinigung und Sicherheit –, die sich auf rund elf Millionen Euro belaufen dürfte. Auch bei den Hilfen zur Erziehung und den Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche wird ein Fehlbedarf von fast zehn Millionen Euro erwartet. Hinzu kommen Risiken bei den sozialen Hilfen und in der Pflege sowie unsichere Einnahmen aus der Vermietung von Grundstücken und Räumen. Selbst die Personalausgaben sind nicht vollständig abgesichert, da offene Stellen nicht in voller Höhe gegenfinanziert sind.

Datum: 13.10.25	Medium: WELT
	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft

VIGNETTEN-FAIL

Verwaltungskosten doppelt so hoch wie der Preis – Berlin macht Millionenverluste mit Anwohnerparken

Stand: 13.10.2025 Lesedauer: 2 Minuten

Seit 2008 zahlen Berliner nur 20,40 Euro für eine Parkvignette – doch die Verwaltungsausgaben sind auf über 40 Euro pro Antrag gestiegen. Nun fordert die CDU eine Reform des Systems.

Die Bearbeitungskosten für die Verwaltung zum Anwohnerparken sind in Berlin massiv gestiegen. 2008 wurde der Preis für die Anwohnerparkvignette auf 20,40 Euro für zwei Jahre festgelegt. Erhöht wurde sie seither nicht. Für das Land Berlin verursache das einen Millionenverlust, berichtet der Berliner „Tagesspiegel“.

Das Blatt beruft sich auf neue Angaben der Senatsverkehrsverwaltung. Demnach betragen die Kosten für die Ausstellung jedes Anwohnerparkausweises in diesem Jahr „im Median 42,29 Euro“, also um den Mittelwert. So steht es in einem Bericht der Verkehrsverwaltung an das Abgeordnetenhaus im Zuge der Haushaltsberatungen. In der Hälfte der Fälle lagen die Ausgaben der Verwaltung für die Leistung demnach darunter, in der anderen Hälfte darüber. Genau lässt sich das Minus der Stadt damit also nicht beziffern.

Klar ist allerdings: Angewandt auf die 80.390 Vignetten, die die Bezirke allein von Januar bis Juli ausgestellt haben, summieren sich die ungedeckten Kosten der Verwaltung auf einen Millionenbetrag.

Ändern ließe sich das entweder mit dem Wegfall der Vignetten oder mit einer Erhöhung der Gebühren. Eine Gebührenerhöhung hatten in den vergangenen 17 Jahren die Regierungskoalitionen unterschiedlichster Parteien abgelehnt. Unter Rot-Rot-Grün wandte sich vorrangig die SPD gegen höhere Preise fürs Anwohnerparken. Aktuell will die CDU die Preise nicht erhöhen, die im Jahr 2008 noch höher waren: Sie lagen bei seinerzeit 50,10 Euro für zwei Jahre.

In anderen deutschen Großstädten wurden die Preise in den vergangenen Jahren teils massiv angehoben. In Bonn liegt der Preis bei 300 Euro jährlich. In Münster kostet die Vignette 260 Euro, in Freiburg 200 Euro und in Köln bis zu 120 Euro pro Jahr.

Die Erhöhung der Anwohnerparkgebühren befinde sich „derzeit in der Beteiligung“, schreibt die Senatsverkehrsverwaltung dem „Tagesspiegel“ zufolge. „Wir sind gerade dabei, einen Termin in der

Koalition zu finden, um sich zu verständigen“, zitiert die Zeitung den verkehrspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, **Johannes Kraft**.

Der Berliner CDU schwebt keine reine Preiserhöhung vor, sondern ein Systemwandel. „Wir brauchen eine radikale Vereinfachung der Ausnahmetatbestände und eine Digitalisierung der Vignette“, sagt Kraft.

Handwerker und Schichtarbeiter sollten nicht umständlich und für die Verwaltung zeitraubend Ausweise für andere Parkzonen als an ihrem Wohnort beantragen müssen. Auch solle jeder Berliner die Möglichkeit haben, für eine andere Zone eine Vignette zu kaufen.

Datum: 13.10.25	Medium: B. Z.
<i>B.Z.</i>	Autor: Hildburg Bruns Thema: Dirk Stettner

CDU-Forderung

Berliner U-Bahn soll Zugangssperren bekommen



Paris, Metro-Station Montparnasse Station: Zugang bekommt nur, wer ein gültiges Ticket hat. Ein Vorbild für Berlin, aber kommt das auch wirklich? Foto:

Mehr Sicherheit, mehr Sauberkeit, weniger Vandalismus in Berlins U-Bahn-Netz. Das erwartet CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** (56) durch ein geschlossenes Zugangssystem wie etwa bei der Metro in Paris oder der London Underground. Kosten für die Umstellung: rund 400 Millionen Euro.

Diese Idee ist für die **BVG** mit ihren inzwischen 175 Bahnhöfen schon öfter aufgeplopt: 2011 etwa schaute sich eine Berliner Delegation in London um. Bahnhöfe kann man dort nur mit gültigem Ticket betreten. So sank die Schwarzfahrer-Quote, die Fahrgeldeinnahmen wurden gesteigert.

Und erst kürzlich forderte der Polizeichef von Friedrichshain-Kreuzberg (Direktion 5), „über Sicherheit im Untergrund neu nachzudenken.“ Dazu gehörten für ihn Drehkreuze und andere Formen der Zugangskontrolle. CDU/SPD hatten die Einführung im Test auf der U8 sogar schon einmal im Jahr 2000 beschlossen – aber dann brannte ein voller Zug im U-Bahnhof Deutsche Oper und man schreckte aus Sicherheitsgründen vor Sperren wieder zurück.

Wie könnten U-Bahn-Zugangssperren umgesetzt werden?

Erschwert würde ein geschlossenes System speziell in [Berlin](#) dadurch, dass viele U-Bahnhöfe direkte Zugänge von der Straßenmitte oder per Fahrstuhl auf den Bahnsteig haben. CDU-Politiker **Stettner** hält dies aber für technisch lösbar: „Da macht man Glasscheiben davor, die man mit dem Ticket öffnen kann.“ Allerdings müsste wohl zusätzliches Personal Barrierefreiheit und Zugänglichkeit in Notfällen absichern.

Stettner: „Nur reinkommen mit Ticket, das wäre eine tolle Entwicklung für eine langjährige Sicherheit und Sauberkeit. Das ist wichtig und entscheidend.“ Ein entsprechendes Mobilitätskonzept habe die CDU-Fraktion schon Koalitionspartner SPD präsentiert. Finanzieren ließe sich die erforderliche Summe aber kaum aus dem Kern-Haushalt des Landes Berlin.



CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** (56) fordert ein geschlossenes Zugangssystem für Berlins U-Bahn Foto: picture alliance / Metodi Popow

Stettner: „Wenn man die Kosten über zehn Jahre rechnet, läge die Belastung der Ticket-Preise dafür im Cent-Bereich.“

Reaktion aus dem Hause der Verkehrssenatorin? In vielen Metropolen weltweit würden funktionierende geschlossene Zugangssysteme sicher zu einem gesteigerten Sicherheitsgefühl beitragen. Sprecherin Petra Nelken: „Bei einem Umbau steht man aber auch vor besonderen Herausforderungen, da bei der Errichtung von Sperrbauten Fragen wie der Denkmalschutz, straßenbezogene Aufzüge, Brandschutzbedingungen und mögliche Fluchtwege zu beachten sind.“

Und die BVG selbst? Sprecherin Franziska Ellrich: „Unser U-Bahn-System ist über 100 Jahre alt und baulich sehr unterschiedlich – viele Stationen sind zu schmal oder statisch nicht darauf ausgelegt, Sperren einzubauen. Auch Aufzüge mit direktem Zugang von der Straße auf den Bahnsteig lassen sich nicht in ein geschlossenes System integrieren.“

2024 zählte die BVG 554 Millionen U-Bahn-Fahrgäste. Und allein bei Vandalismus-Schäden und Graffiti-Schmierereien könnte man möglicherweise Millionen-Beträge sparen. In den ersten sechs Monaten 2025 registrierte die [Polizei](#) im BVG-Bereich 6400 Straftaten (im selben Zeitraum 2024: 7806) – immerhin auch so schon ein Rückgang um 17 Pro

Datum: 13.10.25	Medium: Berliner Morgenpost
	Autor: Isabell Jürgens Thema: Dirk Stettner

Haushaltskrise

CDU: Keine neuen Flüchtlingsunterkünfte in Berlin geplant

Berlin. Das Abgeordnetenhaus hat 1,1 Milliarden Euro für Flüchtlingsunterkünfte abgesichert. Das bedeutet aber nicht, dass neue Heime eröffnen.



Die Aufregung ist groß: Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen von CDU und SPD einen Nachtragshaushalt beschlossen, der rund 1,1 Milliarden Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stellt. Dieser Beschluss sorgte nicht nur bei der AfD für Empörung. Am Montag erklärte CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner**, dass es sich dabei nicht um zusätzliche Kosten handele.

„Wir werden Flüchtlingsunterkünfte abbauen statt neue aufzubauen. Die Zeiten, in denen wir weitere Unterkünfte aufgebaut haben, sind vorbei“, sagte **Stettner**. Die Kosten würden tatsächlich sinken und nicht steigen.

Stettner: Der AfD-Vorwurf ist „absolut falsch“

„Wir haben am Donnerstag lediglich eine Verpflichtungsermächtigung beschlossen, die es der Verwaltung erlaubt, rechtlich bindende Verträge für künftige Ausgaben einzugehen, die erst in späteren Jahren zu Auszahlungen führen“, so **Stettner**.

Die Verpflichtungsermächtigung erlaube lediglich, dass bis zu 618 Millionen Euro für ein „zentrales Ankunftszentrum für die Unterbringung von Geflüchteten in Tegel, auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik oder einem geeigneten Gelände innerhalb Berlins“ mit 2600 Plätzen bereit gestellt werden könne. Je die Hälfte der Summe werde für 2026 und für 2027 in Aussicht gestellt und unterläge einer Sperre, die nur das Abgeordnetenhaus aufheben könne.

Mittel zur Verlängerung von Mietverträgen

Weitere bis zu 530 Millionen Euro, stünden zudem für einen Zeitraum von fünf Jahren für die Verlängerung von Mietverträgen für Flüchtlingsunterkünfte bereit – bis zu 106 Millionen Euro jährlich. So setze sich die Summe von rund 1,14 Milliarden zusammen, die die AfD skandalisiert habe. „1,14 Milliarden Euro für neue Unterkünfte sind absolut falsch. Es geht exakt um die Umsetzung des Ankunftscenters und die Fortanmietung von bestehenden Unterkünften in den kommenden fünf Jahren“, betonte **Stettner**. Diese Summe müsse zwingend für exakt diesen Auftrag in den Haushalt eingestellt werden - unabhängig davon, ob sie tatsächlich benötigt werde oder nicht.

Welche der bereits vom schwarz-roten Senat beschlossenen [neu zu errichtenden Flüchtlingsunterkünfte](#) nun nicht mehr kommen, weil die Geflüchtetenzahlen zuletzt stark gesunken sind, ließ Stettner offen. Im Jahr 2024 kamen rund 21.000 Geflüchtete nach Berlin - ein Rückgang von 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr 2023.

Neue Nutzung für weit fortgeschrittene Vorhaben

Diejenigen geplanten Unterkünfte, für die bereits Mietverträge oder Bauaufträge ausgelöst wurden, sollen jedoch kommen - Nutzungsart offen: „Das Land Berlin hat Flächen angemietet. Die kann man für Flüchtlingen nutzen, für Azubi-Wohnen, für studentisches Wohnen, für andere gewerbliche Wohnarten“, so **Stettner**.

Als Beispiele nannte **Stettner** die geplante Unterkünfte in der [Soorstraße \(Charlottenburg-Wilmersdorf\)](#), [Thielallee \(Steglitz-Zehlendorf\)](#) oder auch [Darßer Straße in Lichtenberg](#). „Es gibt verschiedene Standorte, die wir uns angucken müssen“, Genaues müsse in dem geforderten Gesamtkonzept festgehalten werden.

Stettner: „Es ist wichtig, transparent zu machen, dass es eben keine 1,14 Milliarden Verpflichtungsermächtigung für Verträge von neuen Unterkünften sind.“ Und für den schon lange bekannten Aufbau eines Ankunftscenters nach neuen EU-Vorgaben. Ein solches ist im ab 2026 in Kraft tretenden [Gemeinsamen Europäischen Asylsystem \(GEAS\)](#) mit einheitlichen Standards vorgeschrieben. Die je 309 Millionen Euro für 2026 und 2027 für das neue Ankunftscenter seien im Übrigen weniger, als derzeit für Tegel ausgegeben würden: „Da liegen die [Kosten bei einer Million Euro pro Tag](#), also bei 365 Millionen im Jahr“, so **Stettner**, wir spare also fast 60 Millionen Euro jährlich.

Datum: 14.10.25	Medium: Tagesspiegel
	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft

Berlin macht Millionenverlust

Die teure Wahrheit über Parkvignetten

Von Christian Latz

Im Jahr 2008 wurde der Preis für die Anwohnerparkvignette auf 20,40 Euro für zwei Jahre festgelegt. Erhöht wurde sie seither nicht. Was in der Zwischenzeit jedoch massiv gestiegen ist: Die Bearbeitungskosten für die Verwaltung. Längst liegen sie viel höher als der Preis, den Autofahrerinnen und Autofahrer in Berlin dafür zahlen müssen. Für das Land verursacht das einen Millionenverlust.

Das zeigen neue Angaben der Senatsverkehrsverwaltung. Demnach betragen die Kosten für die Ausstellung jedes Anwohnerparkausweises in diesem Jahr „im Median 42,29 Euro“. So steht es in einem Bericht der Verkehrsverwaltung an das Abgeordnetenhaus im Zuge der Haushaltsberatungen.

Seit 17 Jahren wurden die Gebühren nicht erhöht

Dabei handelt es sich um einen Mittelwert. In der Hälfte der Fälle lagen die Ausgaben der Verwaltung für die Leistung darunter, in der anderen Hälfte darüber. Genau lässt sich das Minus der Stadt damit also nicht beziffern. Klar ist allerdings: Angewandt auf die 80.390 Vignetten, die die Bezirke allein von Januar bis Juli ausgestellt haben, summieren sich die ungedeckten Kosten der Verwaltung auf einen Millionenbetrag.

Ändern ließe sich das mit einer Erhöhung der Gebühren. Dass dies in den vergangenen 17 Jahren nicht passiert ist, liegt an Regierungskoalitionen unterschiedlichster Parteien.

Unter Rot-Rot-Grün sträubte sich vor allem die SPD gegen höhere Preise fürs Anwohnerparken. Aktuell ändert sich wegen der CDU nichts an der derzeitigen Si-

tuation. Dabei lagen die Kosten bis 2008 sogar deutlich höher, bei seinerzeit 50,10 Euro für zwei Jahre.

In anderen deutschen Großstädten wurden die Preise in den vergangenen Jahren teils massiv angehoben. In Bonn liegt der Preis bei 300 Euro. In Münster kostet die Vignette 260 Euro, in Freiburg 200 Euro und in Köln bis zu 120 Euro – pro Jahr.

Wann ändert sich auch in Berlin etwas an der aktuellen Situation? Die Erhöhung Anwohnerparkgebühren befindet sich „derzeit in der Beteiligung“, schreibt die Senatsverkehrsverwaltung. Dabei ist es längst nicht mehr die Verwaltung von Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU), die das Thema bearbeitet, sondern die CDU-Fraktion.

Dort wird seit etwa zwei Jahren ein grundlegend neues Konzept fürs Anwohnerparken in Berlin angekündigt. Vorgelegt wurde es bislang nicht. Auch zwischen den Koalitionspartnern CDU und SPD hat es zu dem Thema keinen Austausch mehr gegeben, nachdem die CDU eine von der SPD-vorgeschlagene Erhöhung der Gebühr auf jährlich 120 Euro in den Haushaltsberatungen Ende 2024 abgelehnt hatte.

„Wir sind gerade dabei, einen Termin in der Koalition zu finden, um sich zu verständigen“, sagt der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Johannes Kraft auf Anfrage. „Unser Ziel ist, dass wir unser Konzept umsetzen. Dann sollte es auch relativ zügig eingeführt werden können.“

Autofahrer sollen Vignetten für andere Zonen kaufen können

Was der CDU vorschwebt, ist keine reine Preiserhöhung, sondern ein Systemwandel. „Wir brauchen eine radikale Vereinfachung der

Ausnahmetatbestände und eine Digitalisierung der Vignette“, sagt Kraft. Handwerker und Schichtarbeiter sollten nicht umständlich und für die Verwaltung zeitraubend Ausweise für andere Parkzonen als an ihrem Wohnort beantragen müssen.

Die Ausnahmen seien dadurch längst zur Regel geworden, sagt der CDU-Politiker und ergänzt: „Wenn wir die Ausnahmen abschaffen, dann müssen wir die Möglichkeit schaffen, dass jeder Berliner auch für eine andere Parkzone eine Vignette kaufen kann.“

Ob und wann dieses Konzept tatsächlich in Berlin eingeführt wird und welche Kosten es für Autofahrer mit sich bringt: derzeit offen. Die Grünen fordern daher mehr Tempo von Schwarz-Rot.

„Die CDU hat wiederholt ein Konzept zur Erhöhung der Anwohnerparkgebühren angekündigt – geliefert hat sie bis heute nichts“, sagt die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion Antje Kapek. Dass die Partei es damit wirklich ernst meine, werde immer zweifelhafter, sagt sie.

Dass mittlerweile sogar der ADAC bei dem Thema auf mehr Tempo drängt, zeige, „wie blamabel das Nichtstun der Koalition ist“, sagt Antje Kapek. „Die CDU bricht also absehbar ein weiteres Versprechen.“ Den Preis und die Kosten dafür zahle die ganze Stadt.

Das Nichtstun der Koalition ist blamabel.

Antje Kapek, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion

Datum: 18.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Sebastian Struwe Thema: Manuela Anders-Granitzki

Widerstand gegen 99 Wohnungen

PANKOW: Anwohner sowie Natur- und Umweltschützer wehren sich gegen Nachverdichtung

von Sebastian Struwe

Noch immer wird der Bau in den zwei Höfen zwischen Ossietzky- und Kavalierstraße in Pankow, wo nach Willen der landeseigenen Gesobau 99 Wohnungen für 422 Flüchtlinge entstehen sollen, nicht vorbereitet.

Und obwohl die gesetzliche Schonfrist für die Vegetation der Höfe zum ersten Oktober mit dem Ende der Nist- und Brutzeit für Vögel ablief, obwohl das Bezirksamt dem Projekt nach ausführlicher Prüfung eine grundsätzliche Genehmigung erteilt hat, ist noch immer nicht absehbar, wann tatsächlich Fakten geschaffen werden.

Wann die Nachverdichtung der Wohnsiedlung beginnt – um nicht zuletzt die kritische Situation in den Großunterkünften am früheren Flughafen Tegel deutlich zu entspannen.

Wie das Bezirksamt Pankow der Morgenpost mitteilte, ist die Abnahme der nötigen Artenschutzmaßnahmen seitens des Umwelt- und Naturschutzamtes „noch offen“. Doch damit nicht genug. Die Natur- und Umweltschützer, die gemeinsam mit den Anwohnern gegen das Bauvorhaben kämpfen, lassen nichts unversucht – und haben erneut Widerspruch eingelegt. So sei am 8. August „fristgerecht ein Widerspruch durch die Rechtsvertretung der Um-

welt- und Naturschutzverbände eingegangen“, so ein Sprecher der für Straßen- und Grünanlagen zuständigen Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) der Morgenpost mit.

Akteneinsicht sei dem Bezirksamt zwischenzeitlich gewährt worden. Eine „ausführliche Widerspruchsbegründung“ sei allerdings noch nicht beim Umwelt- und Naturschutzamt eingegangen. Wann also über den Widerspruch entschieden wird – unklar. „Das Bezirksamt hat nochmals bei der Rechtsvertretung der Umwelt- und Naturschutzverbände nachgefragt, wann mit der ausführlichen Widerspruchsbegründung zu rechnen ist“, fügt der Sprecher

hinzu. Aktuell sei daher „keine Aussage“ zum Beginn von bauvorbereitenden Maßnahmen und Baumfällungen möglich.

Die Rede sein dürfte von einem Widerspruch, von dem die Morgenpost Ende August berichtete. Zum Hintergrund: Die Wohnungsbaugesellschaft hatte bereits vor über einem Jahr mit den Baumfällungen loslegen wollen, ehe das Umwelt- und Naturschutzamt in Pankow sie ausbremste. Die Ausgleichsmaßnahmen für die Baumfällungen in den Höfen – mit neuen Häuschen für Fledermäuse und Vögel – waren als unzureichend bewertet worden.

Lesen Sie weiter auf Seite 3.

Datum: 18.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Sebastian Struwe Thema: Manuela Anders-Granizki

Widerstand gegen Flüchtlingshäuser

PANKOW: Nachverdichtungsprojekt mit 99 Wohnungen in der Warteschleife / Gegner des Projekts wollen weniger Fällungen und Wohnungen

Fortsetzung von Seite 1

Schutz von Bäumen und bedrohten Tierarten einerseits, Wohnungsbau für Geflüchtete andererseits: Das Gesobau-Projekt Kavalierstraße in Pankower Höfen steckt in einer moralischen Zwickmühle.

Die Ausgleichsmaßnahmen für die Baumfällungen in den Höfen waren als unzureichend bewertet worden. Dem vorausgegangen war eine juristische Auseinandersetzung bis zum Oberverwaltungsgericht Berlin. In der Folge hat die Gesobau nachgebessert. So ragen an der Außenseite der Gesobau-Siedlung am Schlosspark Schönhausen jetzt markante Holzhäuschen für fliegendes Getier auf, das sich hier einnisten soll.

Aus Sicht der Umweltverbände Nabu und Naturfreunde Berlin ein ungenügendes Ergebnis. Sie bezeichnen die Maßnahmen in einem Schrei-



In den umzäunten Hofflächen der Gesobau könnte jederzeit die Baumfällung für die Errichtung zweier Flüchtlingshäuser starten Foto: Thomas Schubert

ben als „nicht funktional“ und „nicht anerkennbar“. Mehr noch, spricht der Nabu von Verschlechterungen. So seien „bereits ergriffene Ausgleichsmaßnahmen wieder außer Funktion“ genommen, „Fleder-

maus-Nistkästen verschlossen oder wieder entfernt“ worden.

Der Streit um das womöglich meist umkämpfte Wohnbauprojekt in Berlin wird seit mittlerweile zwei Jahren ausgetra-

gen. Der anfangs angesetzte Termin war vor 24 Monaten. Nachdem ursprünglich normale Wohnungen geplant waren, sollen in den Höfen per Sonderbaurecht Geflüchtetenunterkünfte errichtet und da-

für mehr als 60 Bäume gefällt werden. Die Gegner des Projekts wollen einen Kompromiss durchsetzen, der etwa 70 Wohnungen und die Fällung von nur 14 Bäumen vorsieht. Doch Gesobau und Senat sind

nicht dazu bereit. Der Nabu hat zuletzt auch von ausgelassenen Baumfäll- und Baugenehmigungen gesprochen, was das Bezirksamt zurückwies. Die „Initiative Grüner Kiez“ Pankow, in der sich Anwohner zusammengeschlossen haben, hat zudem Beschwerde beim Landesrechnungshof gestellt. Der Vorwurf: Verschwendung von Mieteinnahmen der Gesobau. So sollen mehr als eine Million Euro allein für die Umzäunung und Überwachung des Baugrundstücks verausgabt worden sein. Die Prüfung laufe demnach – könnte sich aber über Monate hinziehen, weil die Gesobau in mehreren Verfahrensschritten zu den Vorwürfen Stellung nehmen darf. Es war in diesem Zuge vermutet worden, dass die Gesobau zur Tat schreiten könnte, bevor der Landesrechnungshof eine Entscheidung trifft. Dass die Baumfällung und Bauvorbereitung zeitnah geschehen könnte – danach sieht es aktuell allerdings nicht aus.

Datum: 18.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Sebastian Struwe Thema: Jörn Pasternack

Schulbauchaos im Bezirk

PANKOW: Schulen kämpfen mit Dauerbaustellen, Insolvenzen und fehlendem Material

von Laura Wagener

Der Bezirk Pankow kämpft weiterhin mit Problemen wie Schulplatzmangel, überfüllten Klassen und Baustellen, die sich mittlerweile schon über Jahre hinweg ziehen und nicht fertig werden.

So berichtet eine Mutter, deren Kinder die Hasengrund-Schule besuchen, dass die Schülerinnen und Schüler seit nunmehr fünf Jahren an einem Ausweichstandort lernen. Der Hauptstandort der Schule in der Charlottenstraße in Niederschönhausen wird einer Generalüberholung unterzogen: Das Dach und die Fassade des Gebäudes werden saniert, im Innenbereich wird der Zugschnitt der Räume verändert sowie ein Aufzug zur Barrierefreiheit eingebaut. Auch der Außenbereich soll neugestaltet werden. Die Kinder sollen endlich eine moderne Schule bekommen – doch diese lässt auf sich warten.

Eigentlich sollte das Schulgebäude laut Website der Stadt bereits 2023 in neuem Glanz erscheinen. Aber noch immer sitzen die Kinder am Ausweichstandort in der Hermann-Hesse-Straße, einzelne Räumlichkeiten sind in Containern untergebracht. „Informationen zum aktuellen Baustand findet man auf der offiziellen Webseite nicht“, beklagt die Mutter.

Die Verzögerung offenbart ein viel größeres, übergeordnetes Problem, wie Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) gegenüber der Morgenpost berichtet: „Auf allen Baustellen, die wir betreuen, ist kontinuierlich festzustellen, dass Bauablaufpläne, die wir am Anfang aufgestellt haben, so nicht einzuhalten sind.“ Die Gründe dafür seien zahlreich: So habe im Falle der Hasengrund- und Max-Delbrück-Schule das zuständige Planungsbüro im Juni Insolvenz angemeldet. Das Bezirks-



Die Hasengrund-Schule in der Charlottenstraße in Pankow. Seit fünf Jahren wird hier gebaut. Foto: Laura Wagener

amt musste daher im Sommer kurzfristig die Bauleitung sowie Fachbauleitungen neu organisieren. Im Falle des Max-Delbrück-Gymnasiums habe die Insolvenz das zuständige Schulbezirksamt „komplett aus der Bahn geschmissen“. Einen neuen Zeitplan, wann die Schule fertig wird, gibt es nicht. Das ist kein Einzelfall im Bezirk: Neben Insolvenzen gibt es laut Pasternack regelmäßig Komplikationen mit den Gewerken und Rechtsstreits, die zu Verzögerungen führen. „Viele Gewerke kommen einfach nicht oder erbringen Schlechtleistungen“, schildert er. Erst im September hatte er im BVV-Ausschuss für Schule und Sport Stellung zur Grundschule am Weißen See bezogen: Warum der Schulstart dort schon wieder verschoben worden sei, lautete damals die Nachfrage. Seit 2018 wird am Schulstandort an der Amalienstraße gearbeitet, der Schulbetrieb musste auf die Falkenberger Straße verlegt werden. Eigentlich sollten die Schülerinnen und Schüler bereits in die-

sem Schuljahr zurück in das denkmalgeschützte und sanierte Gebäude ziehen. Doch die Arbeiten dauern an.

Der Stadtrat erklärte, es sei in den Sommerferien aufgefallen, dass einzelne Gewerke nicht auftauchen. Außerdem habe es Probleme mit Dachdeckern wegen eines Wasserschadens gegeben, hinzu kamen ein Rechtsstreit mit Handwerkern und fehlende Lieferungen von Material. Der Stadtrat sieht in allen Fällen einen gemeinsamen Nenner: das Vergaberecht. Gibt es Ärger mit beauftragten Unternehmen, könne man diese nicht einfach entlassen. Eine neue Ausschreibung dauere einfach zu lange, meint er. Und machte bereits im Ausschuss klar, welche Lösung er plant: „Wir müssen ans Vergaberecht ran.“

Konkret will er auf Landesebene höhere Wertgrenzen für Vergabeverfahren erwirken. In Berlin können Aufträge für Bauleistungen bis zu einem Wert von lediglich 20 000 Euro

im Rahmen einer freihändigen Vergabe vergeben werden – dazu muss der Bezirk drei Angebote einholen, ganz ohne zeitaufwändige Ausschreibung. Zum Vergleich: In Brandenburg wurde die Wertgrenze für die freihändige Vergabe von Bauleistungen in diesem Jahr von 100 000 Euro auf eine Million Euro angehoben. Würde man in Berlin die Wertgrenzen erhöhen, könnte der Bezirk im Falle einer Insolvenz oder Kündigung eines Auftragnehmers schneller eine Alternative finden, hofft Pasternack.

Im Falle der Hasengrund-Schule gibt der Stadtrat auf Morgenpost-Anfrage ein Update. So soll der Innenausbau des Gebäudes an der Charlottenstraße zu rund 80 Prozent abgeschlossen sein. „Nahezu alle Vergaben wurden durchgeführt – lediglich die Leistungen für Schließanlage, Baureinigung, Beschilderung sowie Flucht- und Rettungspläne stehen noch aus“, heißt es. Ein neuer Bauablaufplan befindet sich in Arbeit.

Datum: 18.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Sebastian Struwe Thema: Jörn Pasternack

Muss dieses Naturopfer wirklich sein?

WEISSENSEE: Wegen Schulplatznot soll mitten im Garten der Heinz-Brandt-Schule ein Neubau entstehen

von Sebastian Struwe

Nicht erst seit Beginn des neuen Schuljahres ist klar, wie groß die Schulplatznot in Pankow ist. Der Bezirk braucht dringend neue Schulflächen, insbesondere im Oberschulbereich. Die Lage ist so verzweifelt, dass ein großer Teil des Schulhofs der Heinz-Brandt-Schule geopfert werden soll, um der Not entgegenzuwirken. Dabei würde die Hälfte des beliebten Schulgartens wegfallen, der 2019 für sein Konzept der Vielfalt und Nutzung als grünes Klassenzimmer, Rückzugsort und Herbarium den Berliner Schulgartenwettbewerb gewann.



Der Schulgarten der Heinz-Brandt-Schule: Der Ergänzungsbau würde die Hälfte des viel genutzten Grüns vernichten. Foto: Heinz-Brandt-Schule

„Das wäre katastrophal für unsere Schülerinnen und Schüler“, warnt Miriam Pech. Dabei ginge es keineswegs darum, neue Schulplätze zu verhindern, so die Leiterin der Heinz-Brandt-Schule in Weissensee. „Nein, uns treibt die Sorge um, wie man eine gesunde Schule für alle halten und ermöglichen kann“, erzählt sie der Morgenpost.

Um für neue Schulplätze an der Integrierten Sekundarschule mit aktuell rund 500 Schülerinnen und Schülern zu sorgen, soll ab den Herbstferien, die am 20. Oktober beginnen, ein modularer Ergänzungsbau (MEB)

auf dem Schulgelände entstehen, für 150 bis 200 weitere Schüler. Dort, wo sich der Schulgarten befindet, den die Kinder in den Pausen aufsuchen. Wo sich acht etwa 100 Jahre alte Bäume befinden, die im Sommer als Hitzeschutz dienen, unter denen an heißen Tagen sogar Unterricht stattfindet – nicht zuletzt, weil sich die oberen Geschosse des Schulgebäudes stark aufheizen.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) spricht von einem „Paradebeispiel schlechter Politik“. „Obwohl der Bedarf an Schul-

plätzen seit Jahren bekannt ist, soll nun hektisch gebaut und dabei wertvolles Stadtgrün zerstört werden“, sagt der Verband. Das Vorgehen schade langfristig nicht nur der Natur, sondern auch den Schülerinnen und Schülern. Die Naturschützer nämlich argumentieren, dass es eine ganz konkrete Alternative für die Bebauung des beliebten Schulgartens gäbe.

„Gegenüber der Schule befindet sich beispielsweise eine Lidl-Filiale, über der sich eine neu gebaute Schulfläche anbieten würde“, heißt es seitens der

DUH. Daher fordere man die Senats- und Bezirksverwaltung auf, die geplante Fällung zu stoppen. Und die DUH kündigt zugleich „notfalls rechtliche Schritte an“. Auch Elternsprecher David Kißling schlägt sich auf die Seite der Umweltschützer. Es gehe neben Hitzeschutz auch „um Naturerfahrung und gesundes Aufwachsen in verdichteten Stadtquartieren“. Ein vom Senat genanntes Gründach auf dem Neubau reiche als Ersatzmaßnahme nicht aus.

„Es ist wichtig, die Kinder im Blick zu behalten“, sagt Schullei-

terin Pech. Die benutzen den Schulhof mit seinem Garten nicht nur in Pausen oder an heißen Tagen für den Unterricht – sondern auch für sportliche Angebote, etwa zum Ausdauerlauf. Sie erinnert daran, dass „Pankow kaum Freiflächen für sportliche Aktivitäten“ hat. Die nächste sei zu Fuß 20 Minuten entfernt. Für die knapp 20 Prozent der Schüler mit geistiger oder körperlicher Behinderung keine Option. „Die Situation ist äußerst schwierig“, fasst es Pech zusammen. Wäre es also realistisch, über der Fläche des Supermarktes Schulflächen zu er-

richten, um den Schulgarten zu erhalten? Die Senatsverwaltungen verneinen das gegenüber der Morgenpost. Das Lidl-Grundstück befindet sich nämlich nicht im Eigentum des Landes Berlin, so die Verwaltung für Stadtentwicklung. Aus diesem Grund sei ihr vom Bedarfsträger – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – das Grundstück der Schule für die Errichtung des Ergänzungsbaus zugewiesen worden.

Die Bildungssenatsverwaltung betont, dass die Heinz-Brandt-Schule zu den „am stärksten überfragten Oberschulen berlinweit“ gehört. Es müssten im Bezirk „schnellstmöglich“ Schulplätze geschaffen werden, die Erweiterung sei „dringend erforderlich“. Mehr ins Detail geht Pankows Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU). Es wird auf das „erhebliche Schulplatzdefizit“ der weiterführenden Schulen im Bezirk hingewiesen. „Das perspektivisch weiter ansteigen“ werde. Aus diesem Grund habe sich der Stadtrat gemeinsam mit Staatssekretär Torsten Kühne dafür eingesetzt, „dass unter anderem die Mittel für den modularen Ergänzungsbau (MEB) an der Heinz-Brandt-Schule bereitgestellt werden.“ Denn: Es seien „keine geeigneten Grundstücke im Landesvermögen identifiziert“ worden, die zur Verfügung stünden.

Datum: 25.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: n/a Thema: Manuela Anders-Granitzki

Straßensanierung geht zügig voran

ROSENTHAL. Die Sanierung der Friedrich-Engels-Straße verläuft seit dem offiziellen Bau-start am 23. September zügiger als erwartet. Die ursprünglich auf acht Wochen angesetzte Bauzeit für den Abschnitt Hauptstraße bis Kastanienallee verkürzt sich. Dies teilten der Abgeordnete Lars Bocian und die zuständige Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (beide CDU) mit. Schon Mitte November sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Auch der Zebra-streifen in Höhe des historischen Ortskerns werde im Zuge der Sanierung erneuert und sicherer gestaltet. **cs**

Datum: 25.10.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Schaukasten für Karower Dachse

- **KAROW.** Die Karower Dachse können jetzt endlich besser auf ihre Sportangebote hinweisen. Mithilfe des CDU-Abgeordneten Johannes Kraft konnte ein eigener Schaukasten an der Turnhalle des Robert-Havemann-Gymnasiums angebracht werden. Der Wunsch nach einem Schaukasten hatte schon lange bestanden, teilte Kraft in einer Mitteilung mit. Gemeinsam mit Stadtrat Jörn Pasternack (CDU) habe man diese Lösung gefunden. **cs**